



HESSISCHER LANDTAG

08. 05. 2023

SIA

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Landesaktionsplan für soziale Teilhabe und gegen Armut

Der Landtag wolle beschließen :

- I. Der Landtag stellt fest:
 1. Die soziale Spaltung in unserem Land nimmt zu. Immer mehr Armutsbetroffenen stehen wenige Super-Reiche gegenüber. Wo keine guten Startbedingungen sind, gelingt selten ein sozialer Aufstieg.
 2. Auch in Hessen gibt es mehr arme Menschen. Hessen ist in den vergangenen zehn Jahren unter Schwarzgrün von Platz 3 auf Platz 11 der Bundesländer abgestürzt. Nirgendwo in Deutschland hat die Armut so sehr zugenommen wie in Hessen. Den fast 1,2 Mio. Armutsbetroffenen in Hessen stehen dabei rund 2.000 Einkommensmillionäre gegenüber.
 3. Jeder fünfte Mensch in Hessen ist von Armut und ihren Folgen bedroht. Das betrifft jedes vierte Kind, jede dritte junge Frau und jede zweite alleinerziehende Person. Hessische Frauen haben rund 500 € geringere Rentenansprüche pro Monat als Männer. Sie sind viel häufiger von Altersarmut betroffen.
 4. Die schwarzgrüne Landesregierung hat trotz dieser schockierenden Zahlen keinerlei wirksame Maßnahmen ergriffen, um Armut zu reduzieren.
 5. Armut und deren Folgen betreffen gesellschaftliche Gruppen unterschiedlich stark. Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderung und chronischen Erkrankungen, Alleinerziehende, Migrantinnen und Migranten und ihre Nachkommen sind jeweils anders von Ungleichheit und deren Folgen betroffen. Auch Ältere, Studierende, Auszubildende und Wohnungslose trifft Armut überdurchschnittlich. Deshalb sind spezifische Maßnahmen nötig, welche die Lebenslagen der Menschen berücksichtigen.
 6. Armut betrifft jeden Lebensbereich: Arbeit, Wohnen, Bildung, Gesundheit, Zugang zu Sport und Kultur, Mobilität und die Möglichkeit zur eigenen Interessenvertretung sind Kernbereiche, um soziale Teilhabe sicherzustellen. Diese sind für viele Menschen in Hessen nur eingeschränkt wahrnehmbar. Darauf muss das Land Hessen mit entschiedenen Maßnahmen reagieren, um jedem Menschen eine individuelle chancengerechte Entwicklungsperspektive zu eröffnen und unser Gemeinwesen vor den zerstörerischen Fliehkräften der Ungleichheit zu schützen. Dazu braucht es einen mehrdimensionalen und verzahnten Ansatz, statt einzelne Projekte, die losgelöst und befristet Reparaturen versuchen.
- II. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung vor diesem Hintergrund auf,
 1. einen Landesaktionsplan für soziale Teilhabe und gegen Armut zu initiieren. Dieser soll zusammen mit Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und weiteren Interessensvertretungen ausgearbeitet werden und Maßnahmen mindestens in den Bereichen Arbeit, Wohnen, Bildung, Gesundheit, Zugang zu Sport und Kultur und Mobilität umfassen und damit auch die wesentlichen Voraussetzungen für eine Selbstvertretung armutsbetroffener Menschen ermöglichen. Konkret empfiehlt der Landtag unter anderem die folgenden Punkte vorzusehen:

- a) Arbeit:
- Einführung eines Landesmindestlohns von 14 €;
 - Maßnahmen zur Umsetzung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, unter anderem mittels Gender Budgeting;
 - Initiativen und Pilotprojekte für die Einführung einer 4-Tage-Woche bzw. der kurzen Vollzeit mit 30 Arbeitsstunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich zur besseren Verteilung von Sorgearbeit;
 - stärkere Unterstützung von Menschen mit Behinderung durch die assistierte Ausbildung und Förderung von Tariflöhnen in den Werkstätten;
 - besseren Zugang zum Arbeitsmarkt für Migrantinnen und Migranten, durch Aufhebung von Arbeitsverboten, schnellere Anerkennung von Abschlüssen und passgenaue Sprachkurse;
- b) Wohnen:
- 50.000 barrierefreie Sozialwohnungen in den kommenden fünf Jahren;
 - Wohnheimplätze für Auszubildende und Studierende ausbauen;
 - Kontingente für besonders auf dem Wohnungsmarkt benachteiligte Personen bei öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften schaffen;
 - flächendeckend Wohnungssicherungsstellen aufbauen;
 - Energiesperren und Zwangsräumungen im Landes- und kommunalen Wohnen unterbinden;
- c) Bildung:
- Festlegung eines Zeitplans zur vollständigen Abschaffung der Elternbeiträge in Kitas, Horten und Ganztage inklusive Essensversorgung sowie zur Steigerung der Bildungs- und Betreuungsqualität durch bessere Arbeitsbedingungen für das Personal;
 - volle Lern- und Lehrmittelfreiheit an den hessischen Schulen;
 - Schaffung einer Ausbildungsgarantie für jeden jungen Menschen.
- d) Teilhabe an Gesellschaft, Kultur und Sport:
- Begegnungsorte in Stadt und Land schaffen, wo man kein Geld mitbringen muss;
 - Freizeit- und Kulturangebote für Kinder und Jugendliche kostenfrei anbieten;
 - kostenfreie digitale Angebote in Begegnungsorten für alle Altersgruppen;
 - ein Landesförderprogramm für eine flächendeckende Nahversorgung mit Lebensmittel-Einzelhandel, Apotheke, Arztpraxen, Post und Bank für jede Gemeinde.
- e) Mobilität:
- die Einführung eines Neun-Euro-Sozialtickets als Zwischenschritt zum Nulltarif;
 - deutliche Stärkung der Investitionen in Nahverkehr und Radwegebaustruktur.
- f) Gesundheit:
- eine gute und wohnortnahe Gesundheitsversorgung in Stadt und Land sicherstellen;
 - ein Rekommunalisierungsfonds für privatisierte Kliniken;
 - eine bessere Finanzierung des Gesundheitswesens für gute Arbeitsbedingungen und eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung für alle Menschen;
 - die gesundheitliche Absicherung für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz durch einen anonymen Behandlungsschein, Behandlungsfonds und Clearingstellen;
 - kostenfreie Bereitstellung von Menstruationsprodukten und Verhütungsmitteln.

2. sich zusätzlich für bessere Rahmenbedingungen auf der Bundesebene einzusetzen, die soziale Teilhabe ermöglichen und soziale Ungleichheit verringern. Dazu gehören etwa eine existenzsichernde und sanktionsfreie Mindestsicherung, eine eigenständige und Teilhabe garantierende Kindergrundsicherung und eine Mindestrente, die den Lebensstandard sichert. Der allgemeine Mindestlohn muss unverzüglich auf 14 € steigen. Prekäre Erwerbsformen wie sachgrundlose Befristungen, Leiharbeit, Minijobs und Werkverträge müssen verboten, bzw. deutlich erschwert werden. Das Arbeitszeitgesetz muss im Sinne einer kurzen Vollzeit von 30 Stunden/Woche überarbeitet werden. Für eine gute Gesundheits- und Pflegeversorgung ist auf Bundesebene die Bürgerinnenversicherung nötig, in die alle einzahlen und aus der alle Leistungen ohne Zuzahlungspflichten getragen werden.
3. sich im Bundesrat für eine zwingend erforderliche Reform der Vermögensbesteuerung einzusetzen. Armut und Reichtum sind zwei Seiten einer Medaille. Die Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden, um dem im Grundgesetz verankerten Grundsatz „Eigentum verpflichtet“ Rechnung zu tragen: Die Mehreinnahmen kämen den Bundesländern direkt zugute. Mit diesen können auch viele der hier genannten Vorschläge finanziert werden. Auch eine Reform der Erbschaftssteuer, der Einkommenssteuer und die Einführung einer Millionärssteuer sind für Chancengerechtigkeit und die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen erforderlich.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 8. Mai 2023

Die Fraktionsvorsitzende:
Elisabeth Kula